Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 6

Artikel: Atomkrieg wider Willen?
Autor: Frei, Daniel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163932

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Daniel Frei

Atomkrieg wider Willen?

Das Risiko eines Atomkriegs aus Zufall

Das Vorhandensein ungeheurer atomarer Vernichtungsmittel und stets startklarer Raketen und Flugzeuge zu ihrer Beförderung führt immer häufiger zur bangen Frage, ob denn all das nicht einmal von selbst losgehen und ohne und entgegen der Absicht der verantwortlichen Regierungen eine Katastrophe auslösen könnte, die der menschlichen Zivilisation ein abruptes Ende bereiten müsste. Solche Befürchtungen sind nicht unbegründet.

An entsprechenden «Szenarios» fehlt es nicht: Die Rede ist vom verrückt gewordenen Unterseebootkommandanten, der die seiner Befehlsgewalt unterstellten, atombombenbestückten Raketen vorschriftswidrig zünden lässt, vom zerstreuten Techniker, der irgendwo irrtümlich einen falschen Knopf drückt, vom Versagen eines elektronischen Steuerungssystems, vom Fehlalarm, ausgelöst durch einen auf dem Frühwarn-Radar erscheinenden Wildgänseschwarm oder Meteoriteneinfall, von der Verwechslung einer Übung mit dem Ernstfall. So beliebt sind derartige Szenarios, dass sie nachgerade Stoff zu einer besonderen Film- und Literaturgattung abgeben: *«Dr. Strangelove»* bildete den Auftakt dazu, und weiter zeugen davon zahlreiche jüngst erschienene Bücher mit so kennzeichnenden Titeln wie *«Weltkrieg wider Willen?»* (von Dieter S. Lutz, 1981), *«Apocalypse – Nuclear Catastrophe in World Politics»* (von Louis R. Beres, 1980) und *«Nuclear Nightmare»* (von Nigel Calder, 1980).

Die Furcht vor einem Atomkrieg wider Willen wird im übrigen genährt durch offiziell bestätigte Berichte über eine Vielzahl tatsächlich geschehener Unfälle und Zwischenfälle mit Atomwaffen: Strategische Bombenflugzeuge sind mitsamt ihrer gefährlichen Fracht abgestürzt; Atombomben sind irrtümlich ausgeklinkt worden und am Boden zerschellt; atombombenbestückte Raketen sind in ihren Silos explodiert; unter dem Bedienungspersonal von Raketenstellungen mussten Dutzende wegen Haschisch- und LSD-Konsum ausgemustert werden; Fehlalarme wurden erst sieben Minuten vor der fatalen Entscheidung über den grossen atomaren Gegen-

schlag als solche erkannt; als Techniker verkleidete Journalisten konnten ungehindert in Munitionskammern für Atomwaffen vordringen; Sabotageaktionen erwiesen sich als durchführbar. Jährlich ereignen sich Fälle von technischem Defekt und menschlichem Versagen, und sie bringen jedesmal, so scheint es, die Welt an den Rand der grossen Katastrophe.

Der Bekanntheitsgrad solcher Szenarien und Folgerungen daraus darf allerdings nicht mit ihrer wirklichen Bedeutung verwechselt werden. Bei nüchterner Betrachtung dieses Problems kann man nicht umhin, auch die Gegenkräfte und Gegenmassnahmen zu würdigen, die Nutzen und Umfang jenes Risikos wesentlich beeinflussen. Wer das Risiko eines Atomkriegs aus Zufall beurteilen möchte, sollte insbesondere zwei Aspekten Aufmerksamkeit schenken:

Erstens unterstehen alle strategischen Waffenträger und Atomsprengköpfe einem ausgefeilten System von Sicherungen. Dazu gehören u. a. die Zwei-Mann-Regel (d. h. mindestens zwei Offiziere müssen unabhängig voneinander einen Schlüssel drehen, um eine Rakete abzufeuern), Kodiersysteme und Authentisierungsverfahren für Befehle, Zerstörungsmechanismen für irrtümlich abgefeuerte Raketen, Aktivierungsvorrichtungen, die Atombomben erst während des Anflugs kurz vor dem Ziel scharf machen usw. Alle diese Sicherungen sind redundant angelegt; falls eine erste und zweite Sicherung versagen sollte, wird der Fehler mit hoher Wahrscheinlichkeit durch eine dritte oder vierte Sicherung entdeckt und behoben. Da die verschiedenen Risiken voneinander unabhängig sind, verringert sich die Wahrscheinlichkeit, dass etwas Schwerwiegendes passiert, zu einer fast unbedeutenden Grössenordnung. Gemäss den statistischen Gesetzen des Risikokalküls beträgt die Wahrscheinlichkeit einer Katastrophe bei sechs unabhängig voneinander angelegten Sicherungssystemen und unter der Annahme einer einprozentigen Versagenswahrscheinlichkeit jedes einzelnen Sicherungssystems $0{,}01^6 = 0{,}0000001$, also praktisch null. Es ist sogar denkbar, dass im Ernstfall in Anbetracht der vielen – vielleicht zu vielen – redundanten Sicherungen Raketen überhaupt nicht starten, wenn man sie tatsächlich abfeuern möchte und sollte.

Zweitens hat die Beschäftigung mit dem Risiko eines Atomkriegs aus Zufall die Regierungen in Ost und West dazu veranlasst, jede Manipulation und insbesondere jeden Einsatz von Atomwaffen der strengsten und restlos zentralisierten Kontrolle durch die höchste politische Behörde zu unterstellen. Im Fall der amerikanischen Atomwaffen ist bekannt, dass ohne ausdrückliche Aktivierung des sog. «Sealed Authenticator System» (SAS), eines elektronischen kryptographischen Entsicherungssystems, keine Atomwaffe eingesetzt oder scharf gemacht werden kann; einzig der Präsident ist im Besitz des dafür nötigen Codes, und nur bei Tod oder Handlungs-

unfähigkeit des Präsidenten gibt das System die Möglichkeit frei, dass der gemäss staatsrechtlich geregelten Nachfolgeordnung Nächste mit seinem Code das SAS aktivieren kann. Über die entsprechenden Vorkehrungen auf sowjetischer Seite wurde bisher nichts publiziert; westliche Fachkreise nehmen jedoch mit Gewissheit an, dass gemäss dem Wesen der sowjetischen Führungsstruktur in Hinblick auf Atomwaffen ein von der Spitze bis zum letzten Soldaten rigide durchgezogenes und mit eiserner Disziplin und drakonischen Massnahmen gehandhabtes System zentraler Kontrolle besteht, aller Wahrscheinlichkeit nach zusätzlich gesichert durch Spezialtruppen des KGB.

All das führt zur Folgerung, dass ein Atomkrieg aus Zufall hochgradig unwahrscheinlich ist. Diese Folgerung gilt indessen nicht für jede Art von Atomkrieg wider Willen. Die allzu intensive Beschäftigung mit den furchterregenden Szenarien eines Zufallskriegs beansprucht zu Unrecht zuviel Aufmerksamkeit und lenkt ab von den möglicherweise viel grösseren Risiken eines Atomkriegs aufgrund eines Missverständnisses oder zufolge einer an höchster Stelle vorgenommenen Fehlbeurteilung der Lage.

Atomkrieg wider Willen: die Anatomie eines Problems

Die grösste Gefahr, die im gegenwärtigen und künftigen System des «Gleichgewichts des Schreckens» lauert, ist die Möglichkeit eines Atomkriegs wider Willen in der Art des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs 1914: Kaum war der Krieg damals entfesselt, verstanden die beteiligten Regierungen bereits nicht mehr, warum und wozu sie eigentlich kämpften – man hatte sich ganz offensichtlich verrechnet. Dergleichen kann geschehen, wenn zwei Faktoren zusammenkommen und zusammenwirken: der Verlust der sog. Krisenstabilität und der Ausbruch einer internationalen Krise, die gewissermassen als «trigger», als «Abzugshebel», wirkt.

Krisenstabilität oder allgemeine strategische Stabilität liegt dann vor, wenn in einer Situation krisenhafter Konfrontation für keinen Gegner irgendein Anreiz besteht, als erster zuzuschlagen, oder einfacher gesagt: wenn, wer als erster zuschlägt, mit Gewissheit als zweiter stirbt. Krisen*un*stabilität wäre dagegen gegeben, wenn jede Macht befürchten müsste, der Gegner könnte durch einen raschen Präventivschlag ihre Fähigkeit, einen Angriff zu vergelten, ausschalten; dann empfindet die so bedrohte Macht dringliche Eile, um selber möglichst rasch präventiv zuzuschlagen. Solange also, mit andern Worten, die sog. «Zweitschlagskapazität» gesichert ist, herrscht Krisenstabilität – wo sie in Frage steht, Krisen*un*stabilität, und dann wird das «Gleichgewicht des Schreckens» anfällig

für einen Zusammenbruch bei geringstem Anlass, und sei es auch nur aufgrund der rein irrtümlichen und völlig falschen Unterstellung, der Gegner bereite möglicherweise einen Überraschungsschlag vor.

Im amerikanischen strategischen Denken findet sich der Grundsatz der Krisenstabilität als Richtschnur für alle Rüstungsanstrengungen wie für die Rüstungskontrollpolitik fest verankert. Weniger eindeutig ist die Anerkennung dieses Grundsatzes auf sowjetischer Seite; es scheint, dass der Begriff der «stability» mit dem russischen Wort «stabilnost» nur unzureichend übersetzt werden kann. Immerhin haben die beiden Supermächte sich in dem als Anhang zum SALT-II-Abkommen vereinbarten «Joint Statement of Principles and Basic Guidelines for Subsequent Negotiations on the Limitation of Strategic Arms» vom 18. Juni 1979 wenigstens dem Buchstaben nach zur Aussage bekannt: «Die Stärkung der strategischen Stabilität liegt im Interesse der beiden Parteien und im Interesse der internationalen Sicherheit.»

Wenn ein denkbarer Atomkrieg wider Willen abhängt vom Zustand der Krisenstabilität und vom Auftreten akuter internationaler Krisen, so sind folglich im Hinblick auf eine gründliche Abklärung der damit verbundenen Risiken folgende drei Fragen zu prüfen:

1. Welche Entwicklungen beeinträchtigen oder stärken die Krisenstabilität des «Gleichgewichts des Schreckens»?
2. Wie gefährlich und wie häufig sind künftig internationale Krisen?
3. Was tragen die bisher unterzeichneten Vereinbarungen und Abkommen zur Milderung dieser Risiken bei?

Gefährdungen der Krisenstabilität

Für eine Beurteilung der gegenwärtigen und zukünftigen Lage in bezug auf die Krisenstabilität sind drei Elemente näher zu prüfen: 1. die Entwicklung des Wettrüstens, 2. die Entwicklung auf dem Gebiet der strategischen Doktrinen und 3. die Weiterverbreitung von Kernwaffen. Aus allen diesen drei Bereichen erwachsen der Krisenstabilität gefährliche Herausforderungen.

Die Unstabilität des Wettrüstens und die Krisenstabilität

Der gegenwärtige Rüstungswettlauf birgt die Gefahr in sich, dass die strategischen Systeme der beiden Supermächte verletzlich werden. Dabei spielen mehr als die quantitative Vermehrung der Angriffswaffen quali-

tative Verbesserungen eine verhängnisvolle Rolle. Diese lassen möglicherweise einen erfolgreichen Präventivschlag denkbar erscheinen, und zwar vor allem aufgrund der Einführung von Mehrfachsprengköpfen (MIRVs), dank grösserer Sprengkraft der Atomsprengköpfe, dank erhöhter Treffgenauigkeit der Trägersysteme und dank der präziseren Zielermittlung und -erfassung. Gleichzeitig wird die Unverletzlichkeit der potentiellen Ziele bedroht durch neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Antisatellitenwaffen, mit denen Frühwarn- und C^3-Systeme (Command, Control, Communications) gestört oder sogar ganz ausgeschaltet werden könnten. Als ebenso bedenklich erweist sich die Möglichkeit technischer Durchbrüche auf dem Gebiet der Unterseebootbekämpfung, die die heute noch gesicherte Unentdeckbarkeit und weitgehende Unverletzlichkeit der seegestützten Abschreckungswaffen in Frage stellen. Schliesslich befassen sich die Supermächte auch mit dem Gedanken, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Raketenabwehr wieder aufzunehmen, obwohl die Indienststellung von Antiraketensystemen durch den ABM-Vertrag von 1972 eingeschränkt wurde. Falls es dank modernster Technologien möglich wäre, eine wirksame Raketenabwehrwaffe zu konstruieren, so könnte die Macht, die als erste über diese Waffe verfügt, versucht sein, einen «Entwaffnungsschlag» gegen die Stellungen des Rivalen zu führen, ohne einen Vergeltungsschlag in Kauf nehmen zu müssen.

Besonders beunruhigend, ja bestürzend ist auch die Bedrohung der C^3-Systeme, die zu nichts weniger als einem «Enthauptungs»-schlag gegen die politische und militärische Führung eines Landes führen könnte. Selbst wenn ein solcher Alptraum der realen Grundlagen entbehrt, hat doch bereits schon die gedankliche Auseinandersetzung mit diesem Alptraum destabilisierende Folgen: Eine Macht, die einen «Enthauptungs»-schlag befürchtet, könnte nämlich versucht sein, als Gegenmassnahme die Kompetenz zur Betätigung des «atomaren Druckknopfs» weitgehend an untergeordnete Kommandanten zu delegieren oder grundsätzlich die sog. «launch-on-warning»-Regel einzuführen, d. h. beim ersten Anzeichen eines feindlichen Angriffs sofort atomar zuzuschlagen. Damit wäre die Krisenstabilität zerstört.

Die Regierungen der atomar bewaffneten Staaten treiben solche qualitative Neuerungen auch dann ständig voran, wenn sie noch gar keine Beweise für entsprechende Schritte der Gegenseite besitzen. Schon der blosse Argwohn, die Gegenseite könnte unter Umständen versucht sein, neue Waffen zu entwickeln und in Dienst zu stellen, genügt, um den waffentechnischen Fortschritt ohne Unterlass am Leben zu erhalten und sogar noch laufend zu beschleunigen. Der Rüstungswettlauf bleibt somit grundsätzlich unstabil, und damit untergräbt er dauernd die Krisenstabilität.

Dieser Befund bedeutet nicht, dass die Krisenstabilität damit bereits vollständig zunichte gemacht sei. Eine differenzierte Lagebeurteilung darf bestimmte, diese Entwicklung mildernde Umstände nicht ausser acht lassen. Vor allem ist zu bedenken, dass die Mächte jede Gefährdung der Unverletzlichkeit ihrer strategischen Waffen mit äusserster Aufmerksamkeit registrieren und keine Mühe und Kosten scheuen, um allfällige «Fenster der Verwundbarkeit» wieder zu verschliessen und wenn möglich bereits vorwegzunehmen. Zudem weiss man, dass die Entwicklung neuer Waffensysteme entsprechende Versuche voraussetzt; keine rational denkende Regierung würde es wagen, alles auf die Karte eines präventiven Überraschungsangriffs mit neuen Waffen zu setzen, ohne diese Waffen vorher erprobt und ihre Verlässlichkeit ermittelt zu haben. Solche Waffenversuche werden indessen in der Regel vom Gegner bemerkt, und er kann sich rechtzeitig darauf einstellen.

Damit drängt sich die Folgerung auf, dass die Unstabilität des Rüstungswettlaufs die Krisenstabilität bisher noch nicht zugrunde zu richten vermochte, diese jedoch mittel- und langfristig in alarmierender Weise gefährdet.

Destabilisierende Wirkungen strategischer Doktrinen

Ost und West werden durch weitgehend unterschiedliche strategische Doktrinen geleitet, d. h. die Vorstellungen über die Entwicklung, die Indienststellung und den allfälligen Einsatz atomarer Waffen gehen auseinander. Diese Kluft trägt kaum dazu bei, die Krisenstabilität zu stützen.

Sie ist um so bedenklicher, als die inflationäre Produktion strategischer Doktrinen auf amerikanischer Seite und das weitgehende Verschweigen strategischer Annahmen auf sowjetischer Seite laufend Verwirrung stiften und zu Missverständnissen Anlass geben. Solche Missverständnisse haben schicksalhafte Folgen, wenn sie zur Unterschätzung oder Überschätzung gegnerischer Absichten führen.

Unterschätzt man die gegnerischen Absichten, so verliert die gegnerische Abschreckungsstrategie an Glaubwürdigkeit. Beispielsweise mag dann A glauben, B bluffe, und damit unterschätzt A B's Entschlossenheit, seine Drohung wahrzumachen. Greift dann A angesichts dieser Konstellation im Fall einer akuten Krise B an, so wird er die furchtbare, aber verspätete Entdeckung machen, dass er sich verrechnet hat.

Als nicht weniger folgenschwer erweist sich die Überschätzung gegnerischer Absichten, wie sie sich aufgrund der Annahme des jeweils ungünstigsten Falles nur allzu leicht aufdrängt. Das Denken in Kategorien des jeweils ungünstigsten Falles lässt jede auch geringfügige und vielleicht

rein zufällige Erscheinung sogleich als Indiz für Schlimmstes bewerten – beispielsweise als Auftakt zu einem gegnerischen Präventivschlag, dem es mit einem sofortigen Entwaffungsschlag zuvorzukommen gilt.

Die Widersprüche, Verwirrungen und gefährlichen Irrungen strategischer Doktrinen machen sich bekanntlich im europäischen Bereich besonders deutlich fühlbar. Gemäss der von der NATO vertretenen Auffassung besteht in Europa ein den Warschauer Pakt begünstigendes Ungleichgewicht auf konventionellem Gebiet. Da dessen Korrektur aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist, möchte die NATO grundsätzlich auf den defensiven Ersteinsatz von Atomwaffen nicht verzichten für den Fall, dass die Front gegen einen Angriff aus dem Osten anders nicht gehalten werden kann. Diese Strategie birgt freilich gleich zwei Glaubwürdigkeitsprobleme: die Glaubwürdigkeit eines Ersteinsatzes von Atomwaffen gegen einen rein konventionellen Angriff und die Glaubwürdigkeit des von den Vereinigten Staaten gewissermassen über Europa gehaltenen «atomaren Schirms».

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten zögern nicht, in ihren Äusserungen über strategische Doktrinen diese zweifach delikate Glaubwürdigkeit nach Kräften zu untergraben. Dies geschieht einerseits mit dem Hinweis, ein mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen seitens der NATO begonnener Atomkrieg lasse sich auf keinen Fall begrenzen und führe zwangsläufig zur entsetzlichen Katastrophe des allgemeinen Atomkriegs, anderseits durch die Drohung mit einem vernichtenden Vergeltungsschlag gegen amerikanische Städte im Fall eines Einsatzes amerikanischer Atomwaffen an der europäischen Front und mit der peinlichen Frage, ob denn der amerikanische Präsident tatsächlich bereit wäre, um Hamburgs und Hannovers willen die Einäscherung New Yorks und Chicagos in Kauf zu nehmen. Der Versuch der NATO, die Glaubwürdigkeit der atomaren Schutzgarantien für Westeuropa durch das bisher fehlende Zwischenglied der nuklearen Abschreckung, die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa, gegenüber solchen Anfechtungen zu schützen, wird von der Sowjetunion als ungeheuerlicher Versuch angeprangert, durch Unterlaufen der bisher üblichen Vorwarnzeiten eine Erstschlagskapazität gegen die sowjetischen Führungszentren und militärische Ziele zu erringen.

Derartige zerbrechliche Gedankenkonstruktionen auf strategischem Gebiet und solche Anfechtungen der Glaubwürdigkeit strategischer Doktrinen müssen die Krisenstabilität zwangsläufig beeinträchtigen. Es wäre allerdings naiv anzunehmen, ein Ausweg aus dem Dilemma und damit eine neue Festigung der Krisenstabilität liessen sich finden durch das geduldige Gespräch zwischen Ost und West mit dem Ziel, gemeinsame Auffassungen zu erarbeiten. Die gegenseitige Zurückweisung strategischer

Doktrinen gehört im Gegenteil zu den in vollem Bewusstsein unternommenen und geschickt gezielten Schachzügen, mit denen die beiden gegnerischen Lager ihre strategischen Positionen und die ihnen zugrundeliegenden strategischen Annahmen zu durchkreuzen versuchen.

Natürlich ist es auch hier wieder am Platz, mittelfristig wirksame Tendenzen nicht mit schon eingetretenen Zuständen zu verwechseln. Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Abschreckung vermögen allein die Abschreckungswirkung noch nicht zu Fall zu bringen und damit die Krisenstabilität zu beseitigen. Gegenwärtig und bis auf weiteres wissen die beiden Supermächte genau, dass keine es sich leisten kann, einen Präventivschlag zu führen oder sonstwie die grundlegenden Voraussetzungen der Abschreckungspolitik des Gegners ungestraft auf die Probe zu stellen. Es bleibt für jede Seite zumindest ungewiss, ob sie heil davonkommt, falls sie das Abenteuer riskiert. Anders gesagt: Der Zustand der Krisenstabilität mag zwar nicht befriedigen, aber Krisenunstabilität ist deswegen noch nicht eingetreten. Auch hier geben indessen die langfristigen Aussichten Anlass zu Sorge.

Prekäre Stabilität in einer Welt mit vielen Atommächten

Es gilt allgemein als erwiesen, dass in absehbarer Zeit eine beträchtliche Anzahl zusätzlicher Länder über Atomwaffen verfügen wird. Die Bemühungen zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen müssen als gescheitert angesehen werden. Dies führt zu den bangen Fragen, ob erstens eine grössere Zahl von Atommächten auch zwangsläufig ein höheres atomares Kriegsrisiko mit sich bringt und ob zweitens in einer Welt mit vielen Atommächten internationale Krisen leichter über die atomare Schwelle hinaus eskalieren.

Die erste Frage ist umstritten. Manche Spezialisten neigen zur Auffassung, dass eine grössere Zahl von Atommächten diese zu vermehrter Vorsicht und Zurückhaltung veranlasst, weil die Ungewissheit in bezug auf die Reaktionen der anderen zu grosse Risiken mit sich bringt. Andere Spezialisten dagegen sehen den Zusammenbruch regionaler Krisenstabilität dann hochgradig gefährdet, wenn ein Land gerade dabei ist, eine Atomwaffe zu entwickeln und herzustellen; dann nämlich verspüren die potentiellen Feinde dieses Landes eine starke Versuchung, die im Entstehen begriffene Atomstreitmacht des Gegners auszuschalten, bevor es zu spät ist. Solche Überlegungen lagen dem israelischen Angriff auf den irakischen Versuchsreaktor «Osirak» bei Bagdad zugrunde. Unstabil wäre die Situation auch unmittelbar nach dem Erwerb von Atomwaffen durch zwei

Gegner, denn in der Anfangsphase wären diese Waffensysteme vermutlich noch durch ein hohes Mass an Schwerfälligkeit und folglich Verwundbarkeit geprägt, was ein Präventivschlag als lohnend erscheinen lassen müsste.

Die zweite Frage gilt der Gefahr einer Auslösung eines grossen, weltweiten Atomkriegs durch einen «lokalen» Einsatz von Atomwaffen seitens neuer Atommächte. Obwohl – zum Glück – Beweise fehlen, herrscht die Annahme vor, dass in einem solchen Fall die beiden Supermächte vermutlich mit grösster Vorsicht reagieren und sich nicht kopflos in eine regionale Verwicklung hineinziehen lassen würden. Die Vermutung erscheint berechtigt, dass die Supermächte überdies massiven Druck auf ihre Schützlinge ausüben würden mit dem Ziel, die Verwendung von Atomwaffen durch diese zu verhindern. Solche Überlegungen vermögen aber die Tatsache nicht zu beseitigen, dass die Weiterverbreitung von Kernwaffen zusätzliche Ungewissheit schafft, die die Krisenstabilität zweifellos nicht begünstigt.

Internationale Krisen als Auslösemechanismen eines Atomkriegs

Ein Atomkrieg wider Willen ist denkbar als Folge eines unglücklichen Zusammentreffens eines Zustandes von Krisenunstabilität mit einer akuten internationalen Krise. Um die durch die Krise, diese zweite der beiden notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen eines Atomkriegs, erzeugten Risiken zu beurteilen, erfordern zwei Aspekte eine nähere Prüfung: 1. die Auswirkungen der atomaren Rüstung und der atomaren strategischen Doktrinen auf die Natur der internationalen Krisen und 2. die Neigung des internationalen Systems, Krisen hervorzubringen.

Krisen im Atomzeitalter

Gemäss einer in der internationalen Krisenforschung gängigen Umschreibung bilden Krisen das Ergebnis einer starken Bedrohung wichtiger Werte, einer hohen Wahrscheinlichkeit des Gewalteinsatzes sowie des Zeitdrucks. Es braucht nicht eigens erläutert zu werden, dass die Existenz von Atomwaffen alle drei Elemente des Phänomens «Krise» wesentlich verschärft. Die Drohung mit Atomwaffen bedeutet die grösste überhaupt denkbare Drohung – ja, sie übersteigt im Grunde alles Denkbare, indem sie im Grunde die Drohung mit einigermassen noch berechenbaren Schäden weitgehend ersetzt durch blanken Terror. Auch der Gewaltgebrauch wird durch das System des «Gleichgewichts des Schreckens» wenn nicht wahrscheinlicher, so doch selbstverständlicher, denn die Strategie der atomaren

Abschreckung hat im Grunde Drohungen mit Schlägen und Gegenschlägen an die Stelle herkömmlicher Diplomatie gesetzt. Und die Zeitknappheit ist nie grösser als in der Situation, wo Krisenunstabilität dringliche Eile zu präventivem Zuschlagen gebietet.

Krisen im Nuklearzeitalter sind also grundsätzlich intensiver als vor Erfindung der Atombombe. Damit verschärft sich aber auch die Gefahr krisenbedingter Fehlhandlungen der an Krisenstress leidenden Entscheidungsträger und Organisationen. Je intensiver die Krise, desto grösser die Neigung, die Wirklichkeit verzerrt wahrzunehmen, Information nur noch selektiv aufzunehmen, rationales nüchternes Denken durch Kurzschlüsse und Panikreaktionen zu verdrängen, Fehlbeurteilungen vorzunehmen und sich zu verrechnen – und all das ausgerechnet in einer Zeit, da die äusserst komplexe und subtile Logik der strategischen Doktrinen unbedingt rationale Gedankengänge und Entscheidungen erfordert.

Diplomatie der Gewalt heute und morgen

Trotz der Risiken, die im «Gleichgewicht des Schreckens» lauern, ist das Spiel mit dem Feuer, die Krisenpolitik oder «Diplomatie der Gewalt» nach wie vor gang und gäbe. Jedes Jahr kommt es mehrere Male vor, dass Regierungen Waffen oder Truppen entsenden, Flugzeuge irgendwohin fliegen lassen und Flotteneinheiten verschieben, um einem Gegner oder Dritten bestimmte Signale glaubwürdig zu übermitteln. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit krisenhafter Konfrontationen und ebenso die Wahrscheinlichkeit der Eskalation solcher Krisen. Besonders bedenklich ist das Spiel mit dem Feuer dann, wenn es auch, wie bereits mehrere Male geschehen, Atomwaffen mitverwendet, beispielsweise durch Erhöhung des Alarmzustandes von Raketenwaffen um mehrere Stufen, durch dramatische Verschiebung strategischer Bombergeschwader, durch Aufstellung taktischer Nuklearwaffen im Krisengebiet, durch Aussendung zusätzlicher strategischer Unterseeboote auf Patrouillenfahrt und schliesslich durch Abkommandierung strategischer Bomber in Warteräume in der Luft. Wenn auf diese Weise mit dem Risiko eines Atomkriegs gespielt wird und wenn gleichzeitig eine Gefährdung der Krisenstabilität eintritt, so wächst die Gefahr von Missverständnissen.

Die Häufigkeit solcher Konfrontationen dürfte künftig kaum abnehmen. Dies gilt insbesondere für die beiden Supermächte, die in den letzten Jahren in verschiedenen Regionen der Dritten Welt zunehmend ungenau umschriebene Verpflichtungen eingegangen sind. Solche unklaren Situationen reizen zu «Proben», und angesichts des ungewissen Ausmasses an Engagement erweist sich das Ergebnis solcher Provokationen als völlig unberechenbar.

Milderung der Risiken durch bestehende Abkommen

Das Unbehagen über die wachsenden Risiken eines Atomkriegs wider Willen hat die Mächte und insbesondere die beiden Supermächte schon früh veranlasst, bilaterale und multilaterale Vereinbarungen auszuhandeln, die im gegenseitigen Interesse diese Risiken mildern. Folgende Verträge und Vereinbarungen, die allen Staaten der Welt oder einer Region offenstehen, verdienen in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden:

Antarktis-Vertrag (1959)
Teststoppabkommen (LTBT) (1963)
Weltraumvertrag (1967)
Vertrag von Tlatelolco (1967)
Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) (1968)
Meeresbodenvertrag (1971)
Vertrauensbildende Massnahmen (CBMs) der KSZE-Schlussakte (1975)

Daneben unterzeichneten die beiden Supermächte zusätzlich auch folgende bilaterale Abkommen:

Abkommen über den «Heissen Draht» (1963)
Vereinbarung zur Verminderung des Risikos eines Atomkriegs (1971)
Vereinbarung über die Verhütung von Zwischenfällen auf hoher See (1972)
Vereinbarung über Grundprinzipien («Basic Principles») (1972)
SALT I (Interim Agreement) (1972)
ABM-Vertrag (1972)
Vereinbarung zur Verhütung eines Atomkriegs (1973)
SALT II (1979)

Da an dieser Stelle eine eingehende Würdigung des Beitrags aller dieser vielen Abkommen zur Milderung des Risikos eines Atomkriegs ausgeschlossen ist, sei wenigstens eine pauschale Bewertung versucht (siehe Tabelle). Die Ergebnisse dieser Beurteilung sind eindeutig: Sie machen die Folgerung unausweichlich, dass die vielen bisher unterzeichneten Vereinbarungen und Abkommen überhaupt nur einen Bruchteil der vorliegenden Risiken betreffen, und sie vermögen diese Risiken lediglich ansatzweise zu dämpfen und auf keinen Fall vollständig unter Kontrolle zu bringen.

Dieser Befund darf aber nicht dazu verleiten, wie dies manchmal geschieht, die bisherigen Rüstungskontrollbemühungen in Bausch und

die Vereinbarungen	die Risiken				
	Krisenstabilität			künftige Krisen	
	Unstabilität des Rüstungswettlaufs	destabilisierende Wirkung von Doktrinen	Weiterverbreitung von Atomwaffen	Intensität von Krisen	Häufigkeit von Krisen
Antarktisvertrag	(+)				
LTBT	(+)		(+)		
Weltraumvertrag	(+)				
Vertrag von Tlatelolco	(+)		(+)		
NPT			(+)		
Meeresbodenvertrag	(+)				
CBM's		(+)		(+)	
Heisser Draht				(+)	
Verminderung des Risikos eines Atomkriegs				(+)	
Verhütung von Zwischenfällen auf hoher See				(+)	
Grundprinzipien					(+)
SALT I (interim)	(—)	(+)			
ABM	(+)	(+)			
Verhütung eines Atomkriegs				(+)	
SALT II	(+)	(+)			

\+ Die Vereinbarung vermag das betreffende Risiko vollumfänglich unter Kontrolle zu bringen.
(+) Die Vereinbarung betrifft wenigstens einen Teilaspekt des betreffenden Risikos und vermag diesen zu mildern.
(—) An der Nützlichkeit der Vereinbarung ist zu zweifeln und die Vereinbarung könnte die Risiken sogar erhöhen.
— Die Vereinbarung ist kontraproduktiv.

Bogen als wertlos abzutun. Abgesehen vom beschränkten Beitrag, den sie zur Bändigung des Risikos eines Atomkriegs wider Willen immerhin leisten, spiegeln sie doch ein weitverbreitetes Bewusstsein für diese Risiken und den Willen der verantwortlichen Regierungen, sich nicht einfach blind ins Unheil treiben zu lassen.

Folgerungen

Das Risiko eines Atomkriegs wider Willen muss, so ergibt eine systematische Beurteilung der verschiedenen Gefahrenquellen, als gering betrachtet werden. Diese Feststellung gilt für das gegenwärtige System des strategischen Gleichgewichts und wohl auch noch für die unmittelbare Zukunft. Das gilt ebenso, und zwar uneingeschränkt, für das Risiko eines Atomkriegs aus Zufall; dieser Spezialfall eines Kriegs wider Willen erhält in der öffentlichen Diskussion offensichtlich eine über Gebühr grosse Aufmerksamkeit.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass langfristig sehr ernste Gefahren drohen. Die Krisenstabilität findet sich dauernd und aus vielen Gründen angefochten und könnte eines Tages verlorengehen. Internationale Krisen, die als auslösende Faktoren wirken könnten, werden künftig intensiver und häufiger. Die bisher ergriffenen bilateralen und multilateralen Massnahmen dagegen vermögen diese gefährlichen Tendenzen nicht unter Kontrolle zu bringen.

So bleibt die Sorge um die Verhütung eines Atomkriegs wider Willen den einzelnen Regierungen überlassen. Diese gehen jedoch im wesentlichen unkoordiniert vor. Ihre Anstrengungen zur Sicherung der Krisenstabilität werden vom Gegner häufig nicht so verstanden, wie sie gemeint sind; sie gefährden folglich die Krisenstabilität zusätzlich und geben zu neuen Krisen Anlass. Es dürfte schwerfallen, einen Ausweg aus diesem Teufelskreis zu finden.

Vortrag, gehalten im Anschluss an die Generalversammlung der Gesellschaft Schweizer Monatshefte vom 27. Mai 1982.

Der Aufsatz beruht auf einer vom Verfasser im Auftrag der UNO ausgearbeiteten Studie «Risks of Unintentional Nuclear War», die als Publikation des United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR) in englischer Sprache erschienen ist. Sie enthält auch umfangreiche Belege und erschöpfende Literaturhinweise; auf solche wird im vorliegenden Beitrag verzichtet. *Der Verfasser dankt seinem Mitarbeiter Christian Catrina für wertvolle Mithilfe bei der Sammlung und Auswertung der Unterlagen.*